

08/2018

Aktuelles aus der Bundesseniorenvertretung

Der Vorsitzende der vbba-Seniorenvertretung, Günther Grapp, berichtet kurz über wichtige Inhalte der Sitzung der Bundesseniorenvertretung am 13. und 14. März in Berlin:

- Wolfgang Speck (Bundesvorsitzender): Immer mehr Senioren klagen über hohe Versicherungsprämien. Die BB-Bank bietet für Personen, die über ihre Fachgewerkschaft Mitglied im DBB sind, eine GoldCard an, über die auch altersunabhängige Versicherungsverträge abgeschlossen werden können.
- Hamburg ermöglicht neuen Beamten die Wahl zwischen GKV und PKV und startet so den Einstieg in die Bürgerversicherung. Bremen diskutiert einen ähnlichen Plan. Das ist die „Bürgerversicherung durch die Hintertür.“
- Der Notfallordner wird aktualisiert und ergänzt um Themen wie Patientenverfügung, digitale Vorsorge, Vorsorgevollmacht usw. Sobald er vorliegt, werden Bestellhinweise dazu veröffentlicht.
- Auf dem Seniorentag in Dortmund hat die Bundesseniorenvertretung eine eigene Veranstaltung (am 28.5. um 14.00 Uhr) zum Thema „Jung und Alt“.
- Beim Tarifeinheitsgesetz muss die neue Bundesregierung die vom BVerfG geforderten Nachbesserungen bis Ende 2018 einarbeiten, sonst ist laut neuem DBB-Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach das Gesetz „erledigt“.
- Bei der Mütterrente plädiert der DBB für die Umsetzung des Modells Bayern ohne Unterscheidung zwischen Beamten und Tarifbeschäftigten.
- Immer wieder ergeben sich Fragen beim Alterseinkünftegesetz: Es wurde 2005 beschlossen und läuft bis 2040. Schrittweise werden bis zu dem Zeitpunkt alle Renten zu 100 % versteuert. Aber: Jede aktuelle tarifliche Rentenerhöhung wird auch bereits voll versteuert. Dies ist vielen Rentnern nicht bekannt.

Einkommensrunde 2018: Verschleppung statt Verhandlung

Fast jedes Mal erleben wir das gleiche Theater: Man gewinnt den Eindruck, dass Politikerinnen und Politiker genauso bösartig sind wie ausbeutende Unternehmensmanager. Von sozial oder christlich keine Spur. Selbst haben sie sich ihre Einkommenserhöhung schon in die Tasche gesteckt aber gegenüber denjenigen, die für sie die Arbeit erledigen müssen, wird gemauert. Auch die zweite Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen endete ergebnislos. „Wenn die Arbeitgeber indem Tempo weiterverhandeln, dann brauchen wir für diesen Abschluss länger als die Bundestagsparteien zur Regierungsbildung“, erklärte der dbb Chef am 13. März. „Für mich war das eher eine Tarifverschleppung als eine Tarifverhandlung“, kritisierte Silberbach den bisherigen Verhandlungsverlauf, zumal wichtige Einkommensforderungen noch gar nicht behandelt wurden. Die dbb Verhandlungskommission habe sich nach diesem enttäuschenden Gesprächsverlauf für eine Intensivierung der Warnstreiks in den nächsten Wochen ausgesprochen. Darunter müssen wieder Bürger leiden, sie haben aber auch diese Politikerinnen und Politiker gewählt. „Wir haben uns bewusst dafür entschieden, von Einkommens- und nicht nur von Tarifrunden zu reden. Wir führen diese Verhandlungen ganzheitlich, also für Arbeitnehmer und – was den linearen Abschluss einschließlich sozialer Komponenten angeht – auch für Beamte. Deshalb ist es auch wichtig, wenn sich möglichst viele Beamtinnen und Beamte **in ihrer Freizeit an Demonstrationen und Kundgebungen beteiligen** (Rentner und Pensionäre haben immer Freizeit)“, erklärt der dbb Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer, denn es geht in der Folge auch um die Erhöhung der Versorgungsbezüge. Die nächste und vorerst letzte verabredete Verhandlungsrunde findet am 15./16. April 2018 in Potsdam statt. In dieser Runde wird der neue Bundesinnenminister Seehofer erstmals auftreten. Es bestehen erhebliche Zweifel, ob die entsprechenden Abschlüsse schon erreicht werden.